

Greenpeace fragt – die Politik antwortet

# Wahlkompass Kommunalwahl

Köln 2020

Ihre Stimme zählt!



**GREENPEACE**  
Köln

# Inhalt

3	Energie & Klimaschutz
12	Mobilität
21	Konsum
24	Meere
27	Wälder
32	Impressum

# Vorwort

## Liebe Wählerinnen und Wähler,

wie positionieren sich die derzeit im Rat der Stadt Köln vertretenen Parteien und Gruppen zu für Köln wichtigen Umweltfragen?

Darüber gibt der Wahlkompass Köln 2020 – rechtzeitig vor der anstehenden Kommunalwahl – einen Überblick.

Greenpeace Köln hat dazu im März 2020 alle im Stadtrat vertretenen Parteien und Ratsgruppen angeschrieben.

Auf den nächsten Seiten finden Sie die Fragen und Antworten.

### Hinweise:

Aus Platzgründen mussten einige Antworten leicht gekürzt werden.

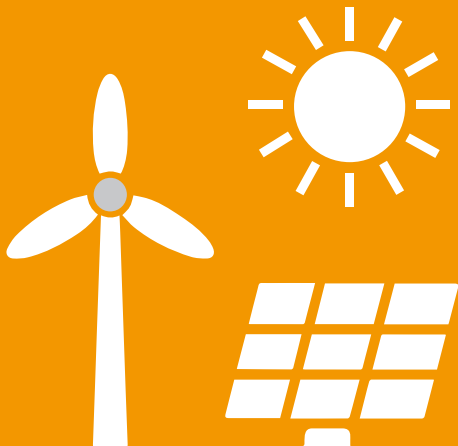
Die Reihenfolge der Parteien und Gruppen ergibt sich aus der Sitzverteilung nach der letzten Kommunalwahl in Köln.

Da die beiden gewählten Repräsentanten der Wählergruppe „Deine Freunde“ im Laufe der Legislaturperiode die Ratsgruppe Gut gebildet haben, informiert die Onlineversion des Wahlkompass nicht nur über die Antworten der Ratsgruppe Gut, sondern auch über die Positionen der „Klima Freunde“, der Nachfolgeorganisation von „Deine Freunde“.

# Energie & Klimaschutz

## Köln muss erneuerbar werden!

Laut Umweltbundesamt muss Deutschland bis 2035 klimaneutral sein, wenn wir den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 °C beschränken wollen. In der Stadt Köln werden jährlich 10 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> ausgestoßen. Unser lokaler Energieversorger, die RheinEnergie AG, verursacht mit ihren Braunkohle- und Gaskraftwerken den größten Anteil. Nur 5,6 % des Stroms erzeugt die RheinEnergie in eigenen Erneuerbare-Energien(EE)-Anlagen.



**Die Stadt Köln hat 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Welche drei wirkungsstarken Klimaschutzmaßnahmen wollen Sie kurzfristig umsetzen?**

SPD

Wir werden den ÖPNV ausbauen: mehr Busse (mit alternativen Antrieben), mehr Bahnen und Angebote wie regionale Schnellbusse. Da machen wir Tempo! Köln braucht mehr Wohnungen. Dazu gehört Klimaschutz zum Beispiel mit Solarenergie und nachhaltigen Baumaterialien. Und wir wollen weiter mehr Dachbegrünung.



CDU

- Verstärkte Förderung der Solarenergie
- Ausbau von ÖPNV und E-Mobilität
- Programm zur energetischen Altbausanierung



B'90 / Die Grünen

- Strom- und Wärmeverbrauch bis 2030 bzw. 2035 aus rein erneuerbaren, regionalen Quellen decken, Merkenich bis 2025 braunkohleverfeuerungsfrei konzipieren, Fernwärme ausbauen
- Passivhausbauweise und energetische Gebäudesanierung
- Verkehrswende hin zu einer klimaneutralen Mobilität



Die Linke

- Unverzögliche Beendigung der Braunkohleverbrennung im Heizkohlekraftwerk Köln-Merkenich
- Energetische Sanierung, Ausbau erneuerbarer Energien an öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften/vergleichbare Vorgaben für Private über Bebauungsplan und Baugenehmigung
- Restriktionen beim motorisierten Individualverkehr



## FDP

- Solaroffensive
- Ausbau der gasbasierten dezentralen Nahwärme und zentralen Fernwärme im Geschosswohnungsbau
- Verbesserte Energieberatung



## AFD

Der Klimanotstand ist Symbolpolitik und dient in erster Linie dazu, die Bürger zu drangsalieren. Gleichwohl sind wir für Umweltschutz. Konkrete Maßnahmen:

- Drakonische Geldstrafen für jegliche Art der „Vermüllung“
- Abschaffung der Dienstwagen für alle Dezernenten
- Freies KVB-Ticket statt Kilometerpauschale



## Ratsgruppe Gut

Wir wollen reduzierten Flugverkehr am Köln-Bonner Flughafen und ein Nachtflugverbot durchsetzen. Mit dem Rheinpendel planen wir ein neues, umweltfreundliches Verkehrsmittel. Politische Beschlussvorlagen müssen eine Aussage zu klimarelevanten Auswirkungen und klimaneutrale Beschlussoptionen haben.



## Klima Freunde

- Das Heizkraftwerk in Merkenich bis 2025 durch umweltfreundliche Alternative ersetzen
- Die Gas-und-Dampf-Kraftwerke der RheinEnergie bis 2030 auf Biogas oder Wasserstoff umstellen
- Verkehrswende umsetzen – private Pkw raus aus der Stadt! Radwege und ÖPNV schnellstmöglich ausbauen



## Wie wollen Sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) in Köln unterstützen?

SPD

Wir wollen, dass die Energiewende gelingt und Köln klimaneutral wird. Einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet die gekoppelte Wärme-Strom-Produktion. Das in den Anlagen eingesetzte konventionelle Erdgas soll schnellstmöglich durch CO<sub>2</sub>-neutrales synthetisches Gas ersetzt werden.



CDU

- Kommunales Programm zur Förderung der Solarenergie
- Bereitstellung von städtischen Flächen für Photovoltaik(PV)-Anlagen
- Ausbau des Angebots an EE bei der RheinEnergie
- Schaffung eines runden Tisches PV-Anlagen mit der Wohnungswirtschaft



B'90 / Die Grünen

- Investitionen der RheinEnergie in EE, insbesondere Windkraft, Solaranlagen (+ 100 Mio. EUR bis 2025)
- Mietstrommodelle und Contracting-Angebote Photovoltaik, Förderprogramme für Privathaushalte zur Erschließung vorhandener Dächer
- Städtische Gebäude bei Neuausschreibungen auf Ökostrom umstellen



Die Linke

Bereits im Zuge der letzten Ratsperioden stellten wir mehrere Anfragen zur Erfassung der für die Photovoltaik nutzbaren Dachflächen, mit dem Ziel, sie zu nutzen. Wir streben die Bildung eines Klimarats und die Gründung einer mit Kompetenzen versehenen „Task Force“ in der Stadtverwaltung zum Ausbau der EE an.



Wir wollen die Entfesselung bei der Solarenergie durch Ende des Bürokratiewahnsinns und mehr Handwerksbetriebe, die aktiv verkaufen und liefern.

Ein Umbau der Braunkohle in Merkenich auf Klärschlamm spart Transporte, die Förderung von Wärmespeichern und -pumpen spart CO<sub>2</sub> für Heizung.



Die EE werden derzeit nicht marktwirtschaftlich, sondern planwirtschaftlich gefördert. Wir fordern daher die sofortige Abschaffung des EE-Gesetzes. Stattdessen eine moderate Bepreisung von CO<sub>2</sub>, da dies die effizienteste Steuerung darstellt. (Wenn man denn davon überzeugt ist, dass CO<sub>2</sub> unser wichtigstes Problem darstellt.)



Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen müssen in Köln mehr zum Einsatz kommen. Wir wollen Anlagen auf privaten Häusern stärker fördern und auf städtischen Gebäuden installieren. Die Energieeffizienz wollen wir durch Altbausanierungen steigern und Passivhausstandards für Neubauten vorantreiben.



- Alle Flächen, die Photovoltaiknutzung erlauben, sollen genutzt werden: alle städtischen Dächer ausrüsten, Photovoltaikpflicht bei Neubauten einführen
- Gezielte und höhere Fördermaßnahmen der Bestandsgebäude zur Umstellung auf klimaneutrale Wärme- und Stromversorgung (breite Streuung)



## Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die RheinEnergie ab 2030 nur noch Strom aus Erneuerbaren Energien (EE) liefert?

SPD

Die RheinEnergie hat in den vergangenen Jahren massiv in klimaschonende Anlagen investiert. Dass diese Bemühungen zielführend und konsequent weitergeführt werden müssen, steht außer Frage. Dabei muss die Versorgung der Kölner\*innen mit Strom und Wärme zu bezahlbaren Kosten stets gewährleistet sein!



CDU

Wir wollen den Ausbau der EE bei der RheinEnergie kontinuierlich ausbauen durch weitere Investitionen in Photovoltaik-Anlagen, weitere Investitionen in Solarparks, Umbau des Braunkohlekraftwerks in ein Biomasse-Kraftwerk.



B'90 / Die Grünen

- Investitionen in EE deutlich steigern, u.a. über Verkaufserlös RWE-Aktien
- Schwerpunkte setzen bei Windkraft, Solaranlagen
- Fernwärmeproduktion auf Abwärmenutzung und EE ausrichten
- Stromverbrauch senken, zum Beispiel durch Aufklärung, Lernende Energieeffizienz-Netzwerke für Unternehmen



Die Linke

Entsprechende Anläufe durch Anfragen und Anträge machen wir seit Jahren, stoßen aber auf Ablehnung aller Parteien und der RheinEnergie. Derzeit kritisieren wir massiv auch die Steinkohleverbrennung in einem RheinEnergie-Kraftwerk in Rostock.





Heizkraftwerke und Gaskraftwerk sind unverzichtbar für die Daseinsvorsorge. Klärschlamm ersetzt Braunkohle.

- RheinEnergie soll weiterhin in EE investieren und bei der Beschaffung kostengünstige EE berücksichtigen
- Reine EE-Beschaffung nur, wenn sie für Kunden bezahlbar ist und die Versorgungssicherheit nicht gefährdet



Wir wollen die RheinEnergie AG nicht verpflichten, in weniger als zehn Jahren nur noch Strom aus EE zu produzieren und zu liefern. Dies wäre aus unserer Sicht nicht mit dem Ziel einer sicheren, grundlastfähigen und preiswerten Strom- und Wärmeversorgung im Stadtgebiet und in der Region vereinbar.



Damit die RheinEnergie Ökostrom-Anbieterin werden kann, muss sie alle Möglichkeiten zur sauberen Energiegewinnung prüfen. Dazu gehört unserer Meinung nach auch die Nutzung von grünem Wasserstoff. Parallel dazu setzen wir uns für den Aufbau einer grünen städtischen Energiegenossenschaft ein.



80 % der Anteile der RheinEnergie sind indirekt und direkt im Besitz der Stadt Köln. Damit ist es lediglich eine Frage des politischen Willens des Rates, ob nur noch Strom aus EE bereitgestellt wird. Dafür werden wir uns einsetzen! Wir unterstützen zu 100 % die Bürgerinitiative Klimawende Köln.



## Wie soll die Wärmeversorgung im Norden Kölns erfolgen, wenn das Braunkohlekraftwerk Köln-Merkenich voraussichtlich 2025 abgeschaltet wird?

SPD

Zur Energiewende gehört auch die Abschaltung des Kohlekraftwerks in Merkenich bis 2025. Neben den genannten Maßnahmen sollten alle Möglichkeiten für Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen ausgeschöpft werden. Das gilt insbesondere für städtische Bauprojekte und den städtischen Gebäudebestand.



CDU

Umbau des Braunkohlekraftwerks in ein Biomasse-Kraftwerk



B'90 / Die Grünen

Der Braunkohleausstieg in Merkenich wurde 2017 beschlossen. Es wird eine alternative Gesamtversorgungslösung entwickelt, die Verbrennung von Klärschlamm, Nutzung von Müllverbrennungs- und Industrieabwärme beinhalten kann. Für Spitzenzeiten werden Blockheizkraftwerke auf Gasbasis genutzt.



Die Linke

Die Notwendigkeit der Braunkohleverbrennung für die Wärmeversorgung wurde behauptet, aber nie belegt. Ein Teil kann durch die Umstellung der energetischen Nutzung der Müllverbrennung (weniger Strom, mehr Wärme) ersetzt werden. Wir diskutieren und fordern den Einstieg in die Niedertemperatur-Fernwärme.



- Soweit möglich die Restmüllverbrennungsanlage heranziehen
- Klärschlammverbrennung einbinden
- Der Rest sollte aus hocheffizienter Gas-Kraft-Wärme-Kopplung erfolgen
- Erdgas ist perspektivisch durch synthetisches Gas zu ersetzen



Wir sind gegen eine Abschaltung des Kraftwerks Merkenich im Jahre 2025. Einer Umstellung auf einen anderen Brennstoff als Braunkohle gegenüber sind wir aufgeschlossen – sofern technisch und wirtschaftlich machbar.



Die Wärmeversorgung des Kölner Nordens könnte unserer Meinung nach zum Beispiel durch Gasturbinen gewährleistet werden, die mit grünem Gas betrieben werden.



Über die vorhandene Gas-und-Dampf-Anlage, kurzfristig mit Erdgas, später mit Wasserstoff, am Besten gewonnen aus Windstrom und Solarstromüberschüssen. Eine weitere Möglichkeit ist, das Heizkraftwerk Niehl für den Fernwärmebereich einzusetzen.



# Mobilität

## Städte für Menschen und nicht für Autos!

Wann ist eine Stadt lebensfreundlich?

Wenn sie ihren Bewohner\*innen gute Luft, viele Möglichkeiten der Begegnung und klimafreundliche Mobilität bietet!

Das bedeutet auch für Köln: mehr Raum für Zufußgehende und Radfahrer\*innen, mehr Grünzonen und ein kostengünstiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV).



## Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Luftqualität in Köln verbessern?

SPD

Wir machen die Verkehrswende zum Erfolg mit Angeboten, um ohne Auto bequem und sicher mobil zu sein. Das bewegt Menschen zum Umstieg und sorgt für saubere Luft: ÖPNV-Ausbau, sicherer Radverkehr, sauberer Lieferverkehr, mehr E-Mobilität und Landstrom. Die autofreie Altstadt wollen wir schnell umsetzen.



CDU

Köln hat bei der Luftqualität deutliche Fortschritte erzielt. Die in der Luftreinhalteplanung festgelegten Maßnahmen werden umgesetzt. So soll u.a. der ÖPNV-Anteil weiter steigen. Bis 2030 wird die Busflotte der KVB auf E-Mobilität umgestellt. Die Infrastruktur der E-Ladesäulen wird sukzessiv ausgeweitet.



B'90 / Die Grünen

- Reduzierung des Autoverkehrs hin zu einer autofreien Innenstadt
- Rückbau von jährlich 10 % der Straßenparkplätze, höhere Bepreisung
- Sperrung der innenstädtischen Achsen für den Durchgangsverkehr
- Weiträumig Tempo 30 umsetzen
- Vorhandenes Lkw-Führungskonzept erweitern, alternative Logistikkonzepte



Die Linke

Wir fordern für Köln die Verkehrswende weg vom motorisierten Individualverkehr. Wir setzen uns für eine bessere quantitative als auch qualitative Erfassung der Feinstäube ein. Auch der unverzügliche Verzicht auf Braunkohle in Niehl würde einen Beitrag leisten.



## Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Luftqualität in Köln verbessern?

FDP

Wir wollen mehr flexible Heimarbeit und Unterwegsarbeit im ÖPNV, Elektromobilität und fließenden Verkehr für alle. Digitale Modelle von Luftqualität und Lärm lenken Verkehr in Echtzeit. Ampeln durch Kreisverkehre und Zebrastreifen ersetzen. Mehr Ladestationen für E-Autos. Bessere Radverbindungen. Mehr ÖPNV-Angebote.



AFD

Ausbau der Fernwärme, Ausbau Radwegenetz, Baumpflanzprogramm für Köln (für jeden Einwohner einen Baum), Steuererleichterungen für Immobilienbesitzer, die ihre Wohnungen (vermietet wie eigengenutzt) energietechnisch ertüchtigen.



Ratsgruppe Gut

Der Grüngürtel und das Kölner Grün müssen geschützt werden. Die Reduktion des Autoverkehrs ist unser Ziel. Wir wollen einen konsequenten Ausbau von autofreien Straßen und Stadtvierteln sowie ein Tempolimit von 30 km/h in der gesamten Innenstadt. Zusätzlich sind wir für eine Pkw-Umweltmaut für Pendler.



Klima Freunde

Klimaneutral bis 2035 heißt: Private Autos verschwinden aus dem Stadtbild. Die Schritte dahin:

- Radikale Reduktion von öffentlichem Parkraum
- Autofreie SuperVeedel
- Durchgangsverkehre blockieren
- Zugleich smarte, klimaneutrale Alternativen aufbauen: Radverkehr, ÖPNV und E-Sharingdienste



## Was werden Sie unternehmen, damit das Fahrradfahren in Köln sicherer wird?

SPD

Wir werden mehr in den Radverkehr investieren. Statt des Flickwerks brauchen wir ein durchgehendes Hauptwegenetz. Hier werden wir für Fortschritt sorgen. Das heißt auch, dem Radverkehr mehr Raum geben, freilaufende Rechtsabbieger abbauen und Falschparken auf Radwegen konsequent ahnden.



CDU

Wir wollen das Radwegenetz in der Innenstadt, aber auch als Fern-Radschnellwege aus dem Umland in die Stadt mit mehr Platz für Radfahrer ausbauen. Wo es nötig ist, müssen Verkehrssicherungsmaßnahmen zugunsten der Radfahrer umgesetzt werden (zum Beispiel Wegnahme der freilaufenden Rechtsabbieger).



B'90 / Die Grünen

- Umverteilung der Verkehrsflächen
- Breite, baulich getrennte Radspuren auf wichtigen Verkehrsachsen
- Radwege konsequent sanieren
- Konsequentes Abschleppen von Autos
- Ampelschaltungen für den Radverkehr so flüssig wie möglich
- Fahrradparkhäuser flächendeckend einführen



Die Linke

In erster Linie durch das Zurückdrängen des Autoverkehrs, also beispielsweise durch den Rückbau von Autostraßen und Parkplätzen zugunsten von zu Fuß Gehenden und Radfahrenden. Aber auch durch verschärftes Vorgehen gegen Falschparker auf Fuß- und Radwegen bzw. -streifen.



## Was werden Sie unternehmen, damit das Fahrradfahren in Köln sicherer wird?

FDP

Wir wollen ein geschlossenes Netz aus Radwegen, Radfahrstreifen und Fahrradstraßen ohne Unterbrechungen und in gutem Zustand. Weitere Punkte: Radverkehrskonzepte. Radschnellwege. Aufstellflächen vor Ampeln. Grüner Pfeil für Radfahrer. Ahndung von Falschparken auf Radfahrstreifen.



AFD

Radwegenetz ausbauen, Radspuren einrichten, grüne Welle für Radfahrer, mehr Sicherheit auf Plätzen und Straßen insbesondere im Hinblick auf nächtliches Abstellen von Rädern in sogenannten No-go-Areas.



Ratsgruppe Gut

Wir wollen, dass ein verstärkter Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur die höchste Planungs- und Umsetzungspriorität erhält, wie weitere Radschnellwege und der Ausbau des Radwegenetzes in das Umland. Die konsequente Umwidmung von Pkw-Spuren für eine bessere ÖPNV- und Fahrradinfrastruktur ist wichtig.



Klima Freunde

Weniger Autos bedeuten mehr Sicherheit für Radfahrer!

Weiter wollen wir:

- Pop-up-Bikelanes auf allen mehrspurigen Straßen
- Netz aus Radschnellwegen zwischen Bezirken und Umland
- Konsequente sicher gestaltete Kreuzungen
- Null Toleranz für Falschparker
- Keine Parkplätze rechts vom Radweg und vieles mehr





## Wie wollen Sie den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen und attraktiver machen?

SPD

Wir werden mehr in Betrieb und Wartung bei Bus und Bahn investieren. Wir wollen den ÖPNV schneller ausbauen, zum Beispiel Bahnen für Stammheim oder Widdersdorf. Auf der Ost-West-Achse bringt eine zwei-Ebenen-Lösung mehr Kapazität. Dazu dichtere Taktung, barrierefreie Haltestellen und Ausbau von Park&Ride.



CDU

Grundlage für den Ausbau ist der ÖPNV-Bedarfsplan NRW und die daraus abgeleitete ÖPNV-Roadmap der Stadt Köln. Darüber hinaus wollen wir die Kapazität der Ost-West-Achse durch den U-Bahn-Bau erweitern sowie die Außenbezirke über neue Buslinien anbinden.



B'90 / Die Grünen

- Takt und Betriebszeiten ausbauen
- Barrierefreiheit an allen Haltestellen
- Bau S-Bahn-Westring mit Verlängerung über Südrücke
- Planungen zu neuen Straßenbahntrassen intensivieren, etwa Linie-13-Ringschluss, Innere Kanalstraße, Linie nach Flittard
- Einführung eines regionalen Wasserbusliniensystems



Die Linke

Verzicht auf U-Bahn-Bauten und stattdessen ein zügiger oberirdischer Ausbau des Schienennetzes; vorübergehend Einsatz von Entlastungsbussen. Dabei die sukzessive Umsetzung zu einem solidarischen, kostenfreien ÖPNV.



## Wie wollen Sie den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen und attraktiver machen?

FDP

Ost-West-U-Bahn bis Melaten und Lindenthal. Neubau von Stadtbahnstrecken. Erweiterung des Busnetzes. Taktverdichtung am Abend und an Samstagen. Ride Sharing mit On-Demand-Systemen. Mehr Servicepersonal für Sicherheit und Sauberkeit. Kostenloses WLAN. Barrierefreie Haltestellen. Mehrwert bei Abos.



AFD

Es gibt nur einen fahrscheinlosen ÖPNV.

- Münchner Verkehrsbetriebe als Vorbild nutzen und Angebot, Sauberkeit, Serviceniveau, Frequenz und Streckennetz deutlich ausbauen
- Auf Problemlinien Schaffner mit weitreichenden Befugnissen zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung (Modell: schwarze Sheriffs) einsetzen



Ratsgruppe Gut

Der ÖPNV muss barrierefrei, bezahlbar und einfach sein. Die Einnahmen aus unserer Pkw-Maut für die Innenstadt für Pendler sollen den ÖPNV günstiger und besser machen. Mit dem Rheinpendel, einer städtischen Seilbahn, werden wir ein ökologisches, kostengünstiges und schnelles Transportmittel schaffen.



Klima Freunde

- Zahlreiche neue Bus- bzw. E-Buslinien – auch ins Umland, auch über Autobahnen und innerstädtische Achsen
- Rascher Ausbau der Stadtbahn – oberirdisch
- Höhere Taktfrequenz, bessere Qualität, zuverlässig, barrierefrei
- Smarte Mobilität von Tür zu Tür – ÖPNV mit Sharingdiensten ergänzen



## Setzen Sie sich für ein 365-Euro-Jahresabo der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) ein?

SPD

Die SPD-Bundestagsfraktion will den Kommunen ein 365-Euro-Ticket ermöglichen. Das unterstützen wir. Gleiches gilt für die Initiative der SPD im Landtag für ein kostenfreies Schüler\*innen-ticket. Beides wollen wir schnellstmöglich auch in Köln. Vorher soll es keine Preiserhöhungen im VRS geben.



CDU

Momentan ist der Kölner ÖPNV bereits an der Kapazitätsgrenze angekommen. Eine Diskussion über neue Tarifmodelle ist erst nach der Kapazitätsausweitung durch mehr und/oder größere Fahrzeugkapazitäten und Erweiterung des Netzes und der Infrastruktur sinnvoll.



B'90 / Die Grünen

Ja. Und wir werden in den Gremien des Verkehrsverbunds VRS keinen weiteren Preiserhöhungen zustimmen sowie Verhandlungen mit dem VRS über sozialverträglichere und vereinfachte Preisstrukturen führen, zum Beispiel zu einem 365-Euro-Jahresticket und kostenlosem ÖPNV für unter 18-Jährige.



Die Linke

Als vorübergehendes Modell auf dem Weg zu einem freien ÖPNV setzen wir uns auch für ein 356-Euro-Jahresabo mit sozialer Abfederung ein. Man darf eine Bezieherin von Sozialleistungen nicht gleichermaßen belasten wie einen leitenden Angestellten.



## Setzen Sie sich für ein 365-Euro-Jahresabo der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) ein?

FDP

Nein, das Beispiel Wien zeigt: Die Abokunden steigen um, die Autofahrer bleiben im Auto. Die KVB braucht aber das Geld, um Fahrzeuge zu kaufen und ihr Angebot zu verbessern. Es soll Mehrwerte bei Abos geben, zum Beispiel durch Freiminuten beim Wechsel auf Leihfahrräder, Carsharing oder E-Scooter.



AFD

Ja, für einen definierten Personenkreis.



Ratsgruppe Gut

Wir setzen uns für eine Reduzierung aller bestehenden Ticketpreise ein bei einem kontinuierlichen Ausbau bei Bus und Bahn. Dazu gehören auch On-Demand-Angebote und technische Neuerungen. Das 365-Euro-Jahresabo der KVB halten wir aktuell für nicht seriös finanzierbar.



Klima Freunde

Wir brauchen einfache, faire und viel niedrigere Tarife. Ein 365-€-Ticket ist für Köln (halb so groß wie Wien) zu teuer und für die heutige Zeit zu simpel und zu unflexibel. Wir brauchen Angebote, die das Umland einschließen, Optionen von Tür zu Tür integrieren und niemanden zurücklassen.



# Konsum

## Unser Konsumverhalten zerstört die Welt.

Was wir einkaufen und konsumieren, hat große Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt. Die Produktion von Billigfleisch verstößt gegen das Tierschutzgesetz und der Amazonas-Regenwald fällt ihr zum Opfer: Zwischen August 2018 und Juli 2019 wurde Amazonas-Regenwald mit einer Fläche elfmal so groß wie Berlin abgeholzt – mehr als in jedem der letzten zehn Jahre zuvor. Weltweit ist die Landwirtschaft für rund ein Viertel des Ausstoßes von Treibhausgasen verantwortlich.



## Mit welchen konkreten und verbindlichen Maßnahmen wollen Sie gesundes und klimafreundliches Essen aus ökologischer Produktion mit einem hohen pflanzlichen Anteil in den öffentlichen Kantinen der Stadt Köln einführen?

SPD

Wir haben erreicht, dass in städtischen Kantinen, Schulen, Kitas und bei städtischen Veranstaltungen künftig mehr regionale Bioprodukte und regionale, saisonale Lebensmittel verwendet werden. Das werden wir konsequent umsetzen: Bis 2030 soll 90 % regional und bio sein und das Essen gesund und bezahlbar!



CDU

Umsetzung des 2019 im Rat beschlossenen Antrags zur Förderung einer qualitativ besseren und gesünderen Ernährung, insbesondere durch Erhöhung der Bioquote für Schul-, Kita- und Kantinenessen in Köln – bevorzugt mit in der Region erzeugten Produkten



B'90 / Die Grünen

Wir wollen verbesserte Vergaberichtlinien für städtische Einrichtungen, damit städtische Schulen und Kitas, wenn möglich, regional erzeugte (Bio-)Lebensmittel einsetzen. Wenn überhaupt tierische Lebensmittel dann mit Biosiegel oder Premiumstufe des Tierwohllabels. Förderung des Ökolandbaus.



Die Linke

Zuerst müssen die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit in Schule und Kita selbst gekocht werden kann. Gerade wird – auch auf Initiative der Linken – geprüft, wie in Kindergärten und Schulen der Anteil von Lebensmitteln aus biologischem und regionalem Anbau bis 2030 auf 90 % zu erhöhen ist.





FDP

Wenn Essen Kindern nicht schmeckt, wird es zu teurem Abfall. Wir brauchen kostenlose Bildung für die, die kochen, und Lehrer\*innen als Vorbilder in den Kantinen. Dafür werden sozialverträgliche Preise notwendig sein: Die FDP will das Beste für Kinder, gibt aber keine Blankoschecks.



AFD

- Fokus vermehrt auf mediterrane und asiatische Küche in öffentlichen Kantinen. Ist schmackhaft, gesund und umweltfreundlich.
- Einsatz von ausschließlich qualitativ hochwertigem Fleisch. Bei gleichem Budget erfolgt die Umstellung bzw. Fokussierung dann ganz automatisch.



Ratsgruppe Gut

Wir fordern, dass städtische Kantinen und Mensen mindestens je ein vegetarisches und ein veganes Vollwertmenü anbieten. Diese müssen günstiger als Fleischgerichte sein. Bei städtischen Ausschreibungen muss die Bevorzugung von ökologischen und das Tierwohl respektierenden Anbietern berücksichtigt werden.



Klima Freunde

Kooperationen mit regionalen Biobauern ermöglichen den Zugang zu hochwertigen frischen Lebensmitteln. Zur Verbraucherinformation sind Kennzeichnungen der Gerichte (z.B. CO<sub>2</sub>-Gehalt) seitens der Kantinen nötig, die Stadt soll hier mittels Fachpersonal die Beschaffung der notwendigen Informationen ermöglichen.



# Meere

## Nachhaltigkeit für den Meeresschutz!

Die Plastikindustrie setzt jährlich 850 Mio. Tonnen Treibhausgase frei und vermüllt die Weltmeere – mit tödlichen Folgen für Meeresbewohner. Über die Nahrungskette kehrt der Plastikmüll zurück auf unsere Teller. Kommunen können in ihrem Einflussbereich wichtige Hebel für den Erhalt der Ökosysteme ansetzen.





## Auf dem Weg zur plastikfreien und sauberen Stadt: Für welche Maßnahmen wollen Sie sich einsetzen?

SPD

Der wichtigste Punkt: Müllvermeidung! Keine Veranstaltungen mehr ohne Nachhaltigkeitskonzept. Dabei soll vor allem das Müllaufkommen berücksichtigt werden. Für eine saubere Stadt setzen wir auf Aufklärung und Kontrollen. Wer sich achtlos und unsozial verhält, muss zur Verantwortung gezogen werden.



CDU

Einführung einer kommunalen Einwegverpackungssteuer und verbesserte Reinigung des öffentlichen Raumes durch die Abfallwirtschaftsbetriebe. Darüber hinaus fördern wir den Austausch von Plastik- durch Mehrwegbecher, so wie wir das bereits bei den Kölner Sportstätten getan haben.



B'90 / Die Grünen

Wenn rechtlich möglich eine kommunale Verpackungssteuer erlassen. Stärkung von Wochenmärkten und anderen Formaten, wo abfallarm und regional eingekauft werden kann. Abfallarme Veranstaltungen müssen Pflicht werden - dies werden wir bei städtischen Töchtern und Ausschreibungen der Stadt einfordern.



Die Linke

Wir fordern ein kommunales Zweite-Hand-Kaufhaus und die Förderung von Repair-Cafés. Derweil es keine gesetzliche Regelung gibt, favorisieren wir die kommunale Verpackungssteuer. Fünfstufige Abfallhierarchie: Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, stoffliches Recycling, sonstige Verwertung, Beseitigung.



## Auf dem Weg zur plastikfreien und sauberen Stadt: Für welche Maßnahmen wollen Sie sich einsetzen?

FDP

Wir unterstützen erfolgreich Umweltbildung und Wettbewerb für Fortschritt bei Sortier- und Recyclingtechnologien, wir fördern Vorbilder und machen selbst mit. Wir wollen keinen Abfall außerhalb der Mülleimer/-tonnen (mehr Ordnungsamt & AWB, Vogelproblem) und keine Exporte von Abfall aus der EU.



AFD

Siehe Punkt 1.: Drakonische Strafen für Müllsünder, Sprayer und sogenanntes Littering.



Ratsgruppe Gut

Unser Ziel ist, die erste Zero-Waste-Stadt Deutschlands zu werden. Zero Waste ist das Ziel bei städtischen Veranstaltungen. Wir fordern müllfreie Wochenmärkte sowie Müllreduktion in Supermärkten und Restaurants. Die Aktivitäten der lokalen Zero-Waste-Community wollen wir langfristig unterstützen.



Klima Freunde

Die Stadtverwaltung soll sich offiziell zu den Zielen von Zero Waste Europe bekennen. Der nicht recyclebare Müll muss stetig reduziert werden. Der recyclebare Müll und die Qualität von Recyclat, Altpapier, Kompost und Co. muss stetig verbessert werden. Eine Kreislaufwirtschaft wird angestrebt!



# Wälder

## Eine grüne Stadt für alle!

Ursprünglich war Deutschland von riesigen Laubmischwäldern bedeckt. Heute ist es nur noch etwa ein Drittel, von denen ein Großteil außerdem intensiv bewirtschaftet wird. Im Gegensatz zu diesen Holzplantagen sind naturnah bewirtschaftete Wälder als CO<sub>2</sub>-Speicher unsere engsten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise.



## Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um die intensive Forstwirtschaft auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung umzustellen?

SPD

Wir wollen, dass es Fördergelder nur noch für die Waldbesitzer gibt, die ihre Wälder am Nutzen für Natur und Klima ausrichten. So gelingt ökologischer Waldbau. Wir werden mehr Waldgebiete in den städtischen Wäldern nicht mehr bewirtschaften und ihrer natürlichen Entwicklung überlassen.



CDU

In Köln wird keine intensive Forstwirtschaft durchgeführt. Der 4000 Hektar umfassende Kölner Wald ist reiner Erholungsmischwald und wird nach FSC-Standard bewirtschaftet. Der Nadelholzanteil liegt unter 3 %.



B'90 / Die Grünen

Wir haben für eine Verdreifachung der unbewirtschafteten Waldfläche („Naturwaldentwicklungsflächen“) im städtischen Wald gesorgt. Die Grünen stehen für die ökologische Aufwertung öffentlicher Grünflächen innerhalb der Stadt und eine Steigerung der Biodiversität, wo es möglich und sinnvoll ist.



Die Linke

15 % des Stadtgebietes sind noch Wald und zu viel davon ist Nutzwald statt Klimawald. Zum Beispiel wurde von uns der Einsatz von Erntegroßmaschinen massiv kritisiert. Gerade die Waldwirtschaft war der Ursprung der Nachhaltigkeitsidee, da müssen wir wieder hin.



Der Umbau der Wälder muss Klimaveränderungen, Waldbrände, mehr Holzbau und Bio-Energie, Bio-Raffinerie und Artenvielfalt berücksichtigen. Auf Basis der Kölner Waldlabor-Ergebnisse ist ein ökologisches Konzept zur Versorgung der Region mit Holz notwendig, das den Zielkonflikten Rechnung trägt.



RheinEnergie ist der größte Waldbesitzer in Köln und betreibt bereits eine sehr naturnahe Bewirtschaftung. Insofern sehen wir auf kommunaler Ebene wenig Handlungsspielraum in Köln. Auf Bundesebene sind weitere und andere Maßnahmen erforderlich. Dies ist jedoch nicht Thema der AfD in Köln.



Wir setzen uns dafür ein, dass die Neuverpachtung von städtischen landwirtschaftlichen Flächen nur an ökologisch zertifizierte Betriebe erfolgt.



Der Umbau zum klimagerechten Mischwald muss absolute Priorität haben:

- Amt für Landschaftspflege und Grünflächen personell aufstocken
- Förderung von Aufforstung mit hitzebeständigen Arten (z. B. Douglasie)
- Rasches Eingreifen bei Schädlingsbefall
- Unbewirtschaftete Waldfläche weiter erhöhen





# GREENPEACE

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen.

Mehr als 600.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.

# Wahlkompass Umweltpolitik – Köln 2020

## Impressum

Greenpeace Köln, Arndtstraße 12, 50676 Köln;

info@koeln.greenpeace.de; www.koeln.greenpeace.de **V.i.S.d.P** Jürgen Borkowski

**Projektorganisation/Redaktion** Mareike Merten, Beate Schwarz **Gestaltung** Annika Heyer

**Druck** Druckerei Zollenspieker „Kollektiv“ GmbH, Zollenspieker Hauptdeich 54,  
21037 Hamburg **Auflage** 2000 Exemplare **Stand** 07/2020

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende an Greenpeace e.V.:  
GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67, KTO 33401; BIC GENODEM1GLS  
IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01

**Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier**